# REGION HANNOVER BAUT SCHUTZ FÜR OPFER HÄUSLICHER GEWALT AUS

Veröffentlicht am 21.11.2023 um 16:42 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

**Gleichstellungsbeauftragte Petra Mundt, Regionspräsident Steffen Krach und die Dezernentin für Soziales, Teilhabe, Familie und Jugend, Dr. Andrea Hanke (von links) vor dem Regionshaus, an dem anlässlich des Orange Day ein Banner hängt** Foto: Region Hannover, Philipp Schröder

Mit Blick auf den Orange Day, dem Internationalen Aktionstag zur Beendigung der Gewalt an Frauen, am 25. November 2023 gibt die Region Hannover einen Einblick in die Fallzahlen und Maßnahmen der Region. Das Bild ist schockierend: Die Zahlen der Menschen in der Region Hannover, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, steigt. Allein im vergangenen Jahr 2022 wurden nach offiziellen Angaben 4.414 Frauen, 4.569 Kinder und 639 Männer Opfer von Gewalt - im Vergleich zu 2021 eine Steigerung um sieben Prozentpunkte. Zudem ist anzunehmen, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Regionspräsident Steffen Krach: "Häusliche Gewalt ist ein Thema, das uns alle angeht. Wir möchten die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren, auf die vielfältigen Hilfsangebote aufmerksam machen und zeigen: Wir lassen die Opfer häuslicher Gewalt nicht im Stich".Die Region Hannover baut die Schutzkonzepte seit Jahren aus - diese Anstrengungen zeigen inzwischen Erfolge: Das auf drei Säulen basierende Konzept aus Frauenhäusern, Beratungsstellen und den sogenannten BISS-Stellen (Beratungs-, Interventions- und SchutzStellen), die proaktiv nach einem Polizeieinsatz tätig werden, wurde kontinuierlich ausgebaut. Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziales, Teilhabe, Familie und Jugend berichtet: "Seit 2018 hat die Region Hannover die Anzahl der Plätze in Frauenhäusern fast verdoppelt und konnte neue Ideen und Konzepte umsetzen".Hervorzuheben sei beispielsweise das Frauenhaus24, ein in Niedersachsen bislang einzigartiges Projekt, bei dem Frauen zu jeder Tageszeit sofort aufgenommen und bei weiteren Schritten unterstützt werden. "Die Regionsverwaltung ist mit dem Ausbau der Frauenhäuser wesentlich vorangekommen, doch was fehlt, ist der bezahlbare Wohnraum, in dem die Frauen nach ihrem Aufenthalt im Frauenhaus ein neues Leben beginnen können. Auch vor diesem Hintergrund sollte das Land den sozialen Wohnungsbau vorantreiben", so Dr. Hanke. Die Region Hannover war zudem Teil einer Pilotphase der App "Gewaltfrei in die Zukunft", die betroffenen Frauen unter anderem umfassende Beratung und ein Hilfesystem bietet, das bei akuter Bedrohung aktiviert werden kann. "Die App ist ein wichtiger Baustein für die digitalen Angebote und sollte vom Land nun verbindlich ausgerollt werden", fordert die Sozialdezernentin.Auch bei den Beratungsstellen hat sich einiges getan. Petra Mundt, Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover: "In der Region haben wir mit dem Konzept der Frauenberatungsstellen dafür gesorgt, dass wir seit 2020 keine weißen Flecken mehr haben. Alle Stellen haben durch die Region Hannover eine finanzielle Stärkung erfahren, und die Nachfrage gibt uns recht: Die Angebote werden sehr gut in Anspruch genommen und leisten darüber hinaus Sensibilisierungsarbeit in den jeweiligen Kommunen, um das Thema häusliche Gewalt stärker ins Bewusstsein zu rücken". Dennoch werde die Region nicht nachlassen, stellt Petra Mundt klar: "Wir werden uns weiter für den Schutz der Opfer häuslicher Gewalt einsetzen. Deshalb ist die Stärkung der proaktiven Beratungsstellen so wichtig: Wir warten nicht, bis sich die Opfer bei den Beratungsstellen melden, sondern machen ein aktives Angebot und nehmen so eine wichtige Hürde". Die Region wird die Förderung für alle Stellen um fünf Prozent erhöhen, um die Folgen der Inflation auszugleichen, weitere Erhöhungen sind noch im Gespräch.Regionspräsident Steffen Krach fordert Land und Bund auf, weiter zu unterstützen: "Als Region Hannover haben wir unseren Beitrag geleistet und konnten die Hilfsangebote stark ausbauen. Damit sind wir inzwischen in Niedersachsen führend. Nun sind auch das Land Niedersachsen und der Bund gefordert. Denn für die

Schaffung und Finanzierung von Frauenhausplätzen gibt es abgesehen von der Istanbul-Konvention keine verbindlichen gesetzlichen Vorgaben. Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe, über deren Umfang jede Kommune frei entscheiden kann. Um bundesweit die Anzahl der Frauenhausplätze bedarfsgerecht auszubauen, braucht es einen einheitlichen Rahmen für die verlässliche Finanzierung. So ist es auch im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbart". Darüberhinaus sei auch das Recht auf einen Frauenhausplatz, wie es immer wieder diskutiert wird, ein wichtiger Schritt, so der Regionspräsident: "Mit einem Recht auf einen Frauenhausplatz räumen wir dem Thema auch gesetzlich die notwendige Bedeutung ein".Hintergrund: Im Dezember 2018 hat die Regionsversammlung vor dem Hintergrund der sogenannten "Istanbul Konvention" das Konzept zur Weiterentwicklung von Beratung, Schutz und Hilfen für gewaltbetroffene Frauen beschlossen. Hintergrund des Konzeptes war die nicht ausreichende Anzahl von Schutzplätzen für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen.Die Zuwendungen für die drei Säulen sind im laufenden Jahr 2023 wie folgt:Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen: etwa 2.191.220 EuroFrauenberatungsstellen, Männerbüro: 1.144.200 EuroBISS-Stellen: 120.000 Euro (Hier ist eine Aufstockung geplant)